

Fragestunde

984. Abgeordnete Klara Geywitz (SPD-Fraktion)

Brandenburger Moorschutzprogramm

Moore machen nur 3 Prozent der weltweiten Landfläche aus, speichern aber doppelt so viel Kohlenstoffdioxid wie alle Wälder der Erde zusammen. Dem Moorschutz kommt daher eine zentrale Rolle in der Umweltpolitik zu. Wie in vielen Bundesländern finden wir heute nur noch vereinzelt naturnahe, das heißt wachsende und dauerhaft nasse Moore mit fortbildender Vegetation. So ist es mehr denn je erforderlich, Moore zu erhalten, wiederherzustellen und standortgerecht zu nutzen. Wasserbauliche Maßnahmen sind kostenaufwendig und nur mit einem größeren Planungsvorlauf unter Einbeziehung der Landnutzer umsetzbar. Die Landesregierung hat sich vor diesem Hintergrund auf ein Moorschutzprogramm, das zehn Eckpunkte umfasst, verständigt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand und die Finanzierung dieses Brandenburger Moorschutzprogramms?

985. Abgeordnete Kristy Augustin (CDU-Fraktion)

Sanierung der L 34 - Ortsdurchfahrt Reichenberg (Märkisch-Oderland)

Im August 2015 teilte der Landesbetrieb Straßenwesen auf Anfrage des Amtes Neuhardenberg (Märkisch Oderland) mit, dass eine Verbesserung der L 34 - Ortsdurchfahrt Reichenberg - nur durch einen grundhaften Ausbau möglich sei, jedoch aufgrund der Haushaltssituation und der geringen Verkehrsbelastung keine weitere Planung erfolgt. In 2016 wurde die L 34 in östlicher und südwestlicher Richtung bis zum Ortseingang Reichenberg zuzüglich der Ortsdurchfahrten Karlsdorf und Ringenwalde umfangreich saniert. Die Ortsdurchfahrt Reichenberg hingegen hat in den vergangenen Jahren weiter an Substanz verloren und wird als Unterbrechung zwischen den sanierten L 34 Abschnitten von den Anwohnern und zahlreichen Pendlern auf der Straße nur noch als „Huckelpiste“ bezeichnet.

Ich frage die Landesregierung: Warum wurde die Ortsdurchfahrt Reichenberg im Rahmen der Sanierung nicht weiter berücksichtigt, obwohl eine Sanierung der L 34 bei den Ortsdurchfahrten in Karlsdorf und Ringenwalde erfolgte, die bereits eine neue Teerdecke zuvor erhalten hatten?

986. Abgeordnete Gerrit Große (Fraktion DIE LINKE)
Kontrolle von Kitas

Nach Presseberichten (u. a. der Welt am 18.06.2017) verfügen zahlreiche Kitas in den Bundesländern nicht über die notwendig vorgeschriebene Anzahl an Fachpersonal. Laut der Zeitung, die sich auf eine Recherche bei allen 16 Landesrechnungshöfen stützt, hat eine Stichprobe in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg ergeben, dass sich bis zur Hälfte der Kitas nicht an die Mindestvorgaben zur Personalstärke halten. Dabei wurden durch die Länder teilweise sogar Gelder an die Träger gezahlt, obwohl das entsprechende Personal nicht vorhanden war.

Als ein Grund dafür werden neben dem Fachkräftemangel vor allem fehlende Kontrollen durch die Aufsicht benannt.

Ich frage die Landesregierung: Wie stellt sie sicher, dass die Kitas in Brandenburg das Personal vorhalten, das sie nach Kita-Gesetz vorweisen müssen?

987. Abgeordneter Steffen König (AfD-Fraktion)
Stellenausschreibungen von Lehrkräften

Stellenbeschreibungen helfen Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, das Tätigkeitsfeld und die dazu nötigen Qualifikationen darzulegen, um im späteren Beschäftigungsverhältnis die vereinbarte Leistungserbringung für beide Seiten transparent überprüfen zu können. Stellenbeschreibungen haben eine wichtige Funktion für die Entwicklung eines zukunftsgerichteten Personalmanagements und für die Stellenbewertung. Stellenbeschreibungen bilden die Grundlage für die Personalführung.

Ich frage die Landesregierung: Liegen den Beschäftigungsverhältnissen von Lehrern in Brandenburg grundsätzlich Stellenbeschreibungen zu Grunde?

988. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens

Deutschland und die EU haben sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens bekannt. Das Land Brandenburg ist daher indirekt dazu verpflichtet, seinen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu leisten. Minister Vogelsänger bekräftigte diese Verpflichtung in einer Pressemitteilung seines Ministeriums vom 02.06.2017, in der es unter anderem heißt: „Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens hat sich Deutschland klar zu den globalen Klimaschutzzielen positioniert, die Brandenburg uneingeschränkt mitträgt.“

Der mit Abstand größte Anteil von Brandenburgs Treibhausgas-Emissionen wird im Bereich der Braunkohleverstromung verursacht. Die größten Emissionsquellen sind die Braunkohlekraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe.

Ich frage die Landesregierung: Kann Brandenburg einen angemessenen Beitrag zur im Abkommen von Paris angestrebten Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten, ohne die Braunkohlekraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe abzuschalten?

989. Abgeordneter Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
Schlechtmachende Radiowerbung im Auftrag der Landesregierung

In den letzten Tagen waren Radiowerbungen in Berlin und Brandenburg zu vernehmen, in denen sich die Landesregierung in negativer Weise über die Behördenpräsenz im Land belustigt, um so einen vermeintlichen Lacher als Aufhänger für die Notwendigkeit der Kreisgebietsreform auf ihrer Seite zu haben. Abgesehen davon, dass es befremdlich erscheint, die eigene Verwaltungspräsenz schlecht zu machen, ist auch der Zeitpunkt der Kampagne bemerkenswert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Werbemaßnahmen zur Promotion der Verwaltungsstruktur sind zu welchen Kosten geplant?

990. Abgeordnete Prof. Dr. Ulrike Liedtke (SPD-Fraktion)
Förderrichtlinie für 2018

Der Kreissportbund OPR fungiert als Stützpunktverein für Integration des DOSB. Sämtliche personelle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration umfassen für das Jahr 2017 knapp 1 000 Arbeitsstunden. Lohnkosten werden über das „Bündnis für Brandenburg“ gefördert.

Ich frage die Landesregierung: Ist es richtig, dass die Förderrichtlinie für 2018 überarbeitet wird und dann keine Lohnkosten mehr gefördert werden?

991. Abgeordneter Raik Nowka (CDU-Fraktion)
Erhalt der Förderschule „Lernen“ in Spremberg

Das Schulamt Cottbus hat den Landkreis Spree-Neiße in einem Schreiben vom 11.01.2017 aufgefordert, die Georgenbergsschule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ in Spremberg zu schließen, weil angeblich die Schülerzahlen den Weiterbetrieb der Schule nicht mehr rechtfertigen würden. Der Bildungsausschuss des Kreistags hat diese Aufforderung einstimmig abgelehnt.

Die Spremberger Stadtverordnetenversammlung hat sich am 31.05.2017 - ebenfalls einstimmig - für den Weiterbetrieb der Förderschule ausgesprochen. Nach Anhörung von Eltern sind die Stadtverordneten zu der Auffassung gelangt, dass das Schulamt die sinkenden Schülerzahlen an der Förderschule maßgeblich mitzuverantworten habe. So konnten Eltern glaubhaft darlegen, dass das Schulamt Cottbus ihnen das Recht verwehrt hat, sich für die Beschulung an der Förderschule zu entscheiden. Das parteiübergreifende Eintreten für die Förderschule liegt auch darin begründet, dass keiner der örtlichen Verantwortlichen derzeit erkennen kann, dass an der Berufsorientierenden Oberschule Spremberg bereits die Bedingungen gegeben sind, um Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht zu werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie gedenkt sie, das Recht der Eltern sicherzustellen, sich für den Besuch an der Förderschule „Lernen“ zu entscheiden - zumindest solange, bis an der Spremberger Oberschule die Bedingungen für die Beschulung von Förderkindern tatsächlich geschaffen worden sind?

992. Abgeordnete Kathrin Dannenberg (Fraktion DIE LINKE)
Abschiebung trotz Teilnahme an berufsvorbereitenden Kursen

Um Flüchtlinge auch zum Ende der Schulpflicht mit Hilfe von Bildung und Spracherwerb zu integrieren und ihnen im Rahmen der Berufsvorbereitung die Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen, hat die Landesregierung das Programm Grundbildung plus an den Berufsfachschulen der Oberstufenzentren in Leben gerufen. Dieses bundesweit beispielhafte Angebot wird inzwischen von über 1 300 jungen Menschen wahrgenommen und durch die Oberstufenzentren in hervorragender Art und Weise mit viel Engagement der Lehrkräfte umgesetzt.

Leider gibt es immer wieder Fälle, wo hoch motivierte Jugendliche in dem Programm trotz guter Erfolge und Aussichten einen Abschiebebescheid erhalten und auch abgeschoben werden. In der Sitzung des Bildungsausschusses am 15. Juni 2017 hat das Bildungsministerium zum Beispiel informiert, dass in den BFS-G+ Klassen in Teltow-Fläming 60 Prozent der jungen Geflüchteten inzwischen eine Abschiebebescheid erhalten haben.

Dieser Umstand ist nicht akzeptabel. Nicht nur, dass die jungen Menschen nach einer Zukunftsperspektive mit dem Bescheid nun erheblich demotiviert werden und ihnen trotz des guten Starts in unser Bildungssystem eine weitere Chance verwehrt wird. Auch die erheblichen Mittel des Landes und der Schulträger werden so konterkariert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, eine Abschiebung zumindest für den Zeitraum, in dem sich die jungen Menschen in dem Programm BFS-G+ befinden, zu verhindern?

993. Abgeordneter Sven Schröder (AfD-Fraktion)
Höfeordnung für das Land Brandenburg

„Mit Blick auf die Einzelunternehmen im Haupterwerb ist festzustellen, dass diese Betriebe in den vergangenen 25 Jahren eine gute Entwicklung genommen haben.

Inzwischen steht in Brandenburg bei vielen dieser Betriebe der Generationswechsel an. Um diese Betriebe in ihrer Struktur und Leistungsfähigkeit zu erhalten, soll mit der Einführung der Höfeordnung oder vergleichbarer landesrechtlicher Regelungen ein geschlossener Übergang dieser Betriebe von einer auf die nächste Generation ermöglicht werden.

Ziel soll es sein, rechtliche Voraussetzungen für den Erhalt der generationenübergreifenden landwirtschaftlichen Einzelbetriebe zu schaffen und damit letztlich die ortsansässigen Landwirte zu stärken. Die Betriebe sollen im Besitz der Eigentümerfamilien verbleiben. Der Verkaufsdruck wegen der bisher bestehenden gesetzlichen Erbfolgenregelungen soll reduziert werden.

Darüber hinaus sollen ortsansässige Landwirte beim Bodenerwerb gestärkt werden.“

Ich habe hier aus dem Beschluss des Landtages (Drucksache 6/2509[ND]-B) zitiert. Dieser Beschluss wurde auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages von SPD, DIE LINKE und CDU in der 17. Sitzung am 25. September 2015 gefasst.

Auf meine Nachfrage zum Stand der Umsetzung dieses Beschlusses in der 44. Sitzung des Landtages am 6. April 2017 habe ich folgende schriftliche Antwort erhalten:

Ich zitiere: „... ein Gesetzentwurf über die Höfeordnung für das Land Brandenburg ist in der Ressortabstimmung.“ Endes des Zitats.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Arbeitsstand hat die Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Höfeordnung in Brandenburg einführen und ortsansässige Landwirte stärken“ (Drucksache 6/2509[ND]-B) erreicht?

994. Abgeordneter Udo Folgart (SPD-Fraktion)
Neues Düngegesetz und neue Düngeverordnung

Seit Anfang Juni 2017 sind bundesweit das neue Düngegesetz und die neue Düngeverordnung gültig. Mit diesem Gesetz wird in Deutschland die EU-Nitratrichtlinie umgesetzt, die im Kern eine Reduzierung der Düngemittelmengen und der Ausbringungszeiten sowie einen deutlich höheren Dokumentationsaufwand nach sich ziehen.

Ich frage die Landesregierung: Sind die Brandenburger Tierhalter und Biogasanlagenbetreiber so ausreichend auf die neuen Anforderungen vorbereitet, dass unter anderem die aktuell vorhandenen Lagerkapazitäten für Gülle und Gärreste ausreichen, um die Vorgaben des Bundes in der Kürze der Zeit auch unter Einräumung von Übergangslösungen in begründeten Fällen umzusetzen?

995. Abgeordneter Björn Lakenmacher (CDU-Fraktion)
Demotraining auf Kosten des Steuerzahlers im Jugendzentrum Freiland Potsdam

Am Sonntag, den 18. Juni 2017, hatte die „Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken“ zum „Demotraining“ in das Jugendzentrum Freiland in Potsdam eingeladen. Dort sollten die Teilnehmer nach eigenen Angaben darin geschult werden, wie man sich verhält, wenn es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt oder wie man sogenannten „symbolischen Widerstand“ wie zum Beispiel Sitzblockaden im Rahmen von Versammlungen und Demonstrationen leisten kann.

Das Jugendzentrum Freiland wird zu einem erheblichen Teil aus Steuergeld finanziert und die Stadtwerke Potsdam stellen das Areal kostenlos zu Verfügung.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die ihr vorliegenden Erkenntnisse zum sogenannten „Demotraining“ als Schulung zum Verhalten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei und im sogenannten „symbolischen Widerstand“ bei Versammlungen im steuerfinanzierten Potsdamer Jugendzentrum Freiland?

996. Abgeordneter Erik Stohn (SPD-Fraktion)
Änderung des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes

Nach dem Willen des Bundestages sollen mit der Änderung des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes in Zukunft Berufsbetreuerinnen und Betreuer höhere Stundensätze erhalten. Dementsprechend beschloss das Parlament im Mai 2017, dass sich die Stundensätze um 15 Prozent erhöhen sollen. Nun wird sich der Bundesrat aller Voraussicht nach am 7. Juli 2017 über die Gesetzesinitiative verständigen. Unterschiedliche Vertreterinnen und Vertreter der Betreuungsvereine machen nun unter anderem auch in ihren

Gesprächen mit Brandenburger Landtagsabgeordneten deutlich, welcher wichtiger Schritt die Erhöhung der Stundensätze für die Sicherung und nachhaltige Qualitätsverbesserung der Berufsbetreuung in den nächsten Jahren ist.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Erhöhung der Stundensätze und die in diesem Zusammenhang mögliche Positionierung Brandenburgs und anderer Bundesländer im Bundesrat?

997. Abgeordneter Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)
Fragen zur Kreisneugliederung in der Prignitz

Das Ministerium des Innern und für Kommunales hatte die von der Kreisgebietsreform betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte zu einem ersten Referentenentwurf des Kreisneugliederungsgesetzes zur Stellungnahme aufgefordert. Das Zeitfenster für die Stellungnahme war sehr kurz bemessen. Am 28. Februar 2017 hatte der Landkreis Prignitz seine 114 Seiten umfassende Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Kreisneugliederungsgesetzes dem Ministerium des Innern und für Kommunales übergeben. Die Stellungnahme enthält eine Vielzahl von kritischen Fragen, die bisher noch nicht beantwortet wurden. Deshalb wandte sich der Landrat des Landkreises mit Schreiben aus diesem Monat an das Ministerium des Innern und für Kommunales.

Ich frage die Landesregierung: Warum wurde auf die in der Stellungnahme des Landkreises Prignitz gestellten Fragen noch nicht geantwortet bzw. bis wann wird die Beantwortung erfolgen?

998. Abgeordneter Dr. Andreas Bernig (Fraktion DIE LINKE)
Hunderasseliste

In meinem Wahlkreisbüro gibt es immer wieder Anfragen von Hundehaltern, wann die Hunderasseliste abgeschafft bzw. geändert wird. So ist zum Beispiel die Bordeauxdogge nur noch in drei Bundesländern gelistet. In den Bundesländern, die diese Rasse von der Liste genommen haben, gab es umfassende Informationstätigkeiten über die Rasse und auch Vor-Ort-Kennenlernen einiger Tiere.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es im Land Brandenburg auch solche Überprüfungen, um eine Änderung der Hunderasseliste vorzusehen?

999. Abgeordneter Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)
Wirtschaftsplan und Businessplan der FBB GmbH

In Veröffentlichungen zum Thema BER wurde sowohl von einem Wirtschaftsplan als auch von einem Businessplan der FBB GmbH gesprochen.

Ich frage die Landesregierung: Worin besteht der Unterschied zwischen dem Wirtschaftsplan und dem Businessplan der FBB GmbH?

1000. Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack (CDU-Fraktion)
Neuverhandlung der Hochschulverträge

Ende 2018 laufen die derzeit gültigen Verträge der Landesregierung mit den Brandenburger Hochschulen, die Hochschulverträge, aus. Bisher haben die Verhandlungen über eine Weiterführung bzw. einen Neuabschluss noch nicht begonnen. In Folge der Unsicherheit, drohen erste Arbeitsverträge an den Hochschulen nicht verlängert zu werden, da die Hochschulen nicht auf eigenes Risiko Arbeitsverträge verlängern oder abschließen dürfen, solange die Finanzierung, die auch über die Hochschulverträge läuft, nicht gesichert ist.

Ich frage die Landesregierung: Wann können die Brandenburger Hochschulen konkret damit rechnen, dass das Ministerium mit den Hochschulen in Vertragsverhandlungen eintritt?

1001. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Sperrung der Straße von der B 96 nach Althymen (Stadt Fürstenberg/Havel)

Im Jahr 2014 wurde durch den Landesbetrieb Forst die Zufahrt von der B 96 zum Ortsteil Damshöhe gesperrt. Dieser Weg ist die kürzeste Verbindung zwischen der Kernstadt Fürstenberg/Havel mit den Ortsteilen Damshöhe und Althymen. Nach der Sperrung verlängerte sich der Weg zum Ortsteil Damshöhe um 10 km. Als Begründung für diese Sperrung wurde angeführt, dass dieser Weg nicht öffentlich gewidmet sei. Auch mehrfacher Schriftverkehr mit den zuständigen Ministerien und eine nachfolgende Petition der Anwohner brachte kein anderes Ergebnis.

Erst private Recherchen eines Einwohners und Stadtverordneten aus Fürstenberg/Havel brachte die Erkenntnis, dass der Weg öffentlich gewidmet ist und diese Widmung nach wie vor Bestand hat. Die Stadt Fürstenberg/Havel hat sich mit Beschluss der SVV vom 29.10.2015 dazu bekannt, diesen Weg in das Eigentum der Stadt zu überführen. Dennoch wird die Sperrung durch den Landesbetrieb Forst bis heute aufrechterhalten.

Ich frage die Landesregierung daher: Warum ist die Sperrung dieses Weges bis heute nicht aufgehoben worden?

1002. Abgeordneter Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)
Übersicht über die Lehramtsausbildung der Brandenburger Lehrkräfte

Verschiedene Lehrerverbände sprechen sich für die Besserstellung von Lehrkräften - insbesondere von Lehrkräften in der Sekundarstufe I - in der Brandenburgischen Besoldungsordnung aus. Die Einstufung in der Besoldungsordnung hängt maßgeblich von der Befähigung zu bestimmten Lehrämtern ab.

Die Ausbildung der Brandenburger Lehrkräfte ist vielfältig: Zunächst hat sich die Struktur der Lehrämter verändert, für die an der Universität Potsdam ausgebildet wurde und wird. Darüber hinaus haben viele Brandenburger Lehrkräfte ihre Befähigung zum Lehramt in anderen Bundesländern erworben. Außerdem ist ein beträchtlicher Teil der Brandenburger Lehrkräfte noch nach dem Recht der DDR ausgebildet worden.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Lehrkräfte verfügen über die Befähigung zu welcher Art von Lehramt in den einzelnen Schulstufen und an den einzelnen Schularten?

1003. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Giftiger Ockerschlamms am Tagebau Welzow

Messungen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) im April 2017 haben ergeben, dass Stichproben von Eisenoocker-Baggergut am Tagebau Welzow in erheblichem Maße mit Arsen, Blei, Nickel, Cadmium und Quecksilber belastet ist. In die Fließe rund um den Tagebau Welzow-Süd (Spree-Neiße) wird vonseiten des Tagebaubetreibers Grubenwasser eingeleitet, um sie als Absetzbecken für im Grubenwasser enthaltenen Eisenoocker zu nutzen. Bei Entschlammungsmaßnahmen abgebaggertes Baggergut wurde neben den Fließen abgelegt. Das Wasser aus den Fließen speist die Spree. Die Schadstoffe seien laut BUND im Sediment der Tagebaue enthalten und werden durch die Hebung des Grundwassers zutage gefördert. Das Wirtschaftsministerium verwies Medienberichten zufolge darauf hin, dass die Eisenhydroxidschlämme zwar höhere Arsen-Werte aufweisen könnten, der Stoff aber nicht mit dem Wasser ausgewaschen werde (vgl. rbb-online 24.04.2017 „Arsen und Schwermetalle in Spree-Fließen gefunden“). Das Landesbergamt und Landesumweltamt kündigten an, den Hinweisen nachzugehen und zu klären, wer der Verursacher sein könnte.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Aufklärung über erhöhte Schadstoffwerte in Eisenoockerschlamms?

1004. Abgeordnete Anita Tack (Fraktion DIE LINKE)
Studie zum Wohnungsbau in Brandenburg

Nach Einschätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft werden im Land Brandenburg zu viele Wohnungen gebaut. In zahlreichen Landkreisen und kreisfreien Städten übersteige der Neubau nach einer neuen Studie der Kölner Wirtschaftsforscher den Bedarf. Im Zuge der Erarbeitung und Diskussion der Landesstrategie zur Stadtentwicklung und Wohnen können die angestellten Analysen zur Auseinandersetzung anregen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Erkenntnisse der Studie des Instituts für Wirtschaft, insbesondere in Bezug auf die Feststellung, die regionale Neubauentwicklung in einigen Brandenburger Landkreisen sei weit über dem Bedarf?

1005. Abgeordnete Christina Schade (AfD-Fraktion)
Verfahren Micro Trenching

Für den Breitbandausbau gibt es eine kostengünstige Alternative, das sogenannte Micro Trenching. Gegenüber herkömmlichen Verfahren können die Verlegungskosten von Glasfaserkabeln in etwa halbiert werden. Verantwortlich für die Genehmigung sind die Kommunen.

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie in dem Verfahren des Micro Trenchings eine Alternative zum schleppenden Breitbandausbau?

1006. Abgeordnete Kathrin Dannenberg (Fraktion DIE LINKE)
Sorben/Wenden-Schulverordnung

Mitte Mai hat der Jahreskongress der Föderalistischen Union europäischer Nationalitäten (FUEN) eine Resolution zur neuen Verordnung des Landes über die schulischen Bildungsangelegenheiten der Sorben/Wenden (Sorben/Wenden-Schulverordnung) verabschiedet. Darin wird unter anderem die Erwartung geäußert, „dass die Neufassung der Verordnung den Erwartungen des Landesplanes zur Stärkung der niedersorbischen Sprachen entsprechen kann und der Verbesserung und Weiterentwicklung der Organisationsformen des Niedersorbisch-Unterrichts in all ihren Facetten dient“. Zugleich wird die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Aneignung der niedersorbischen Sprache von der Kita bis zum Abitur erhoben.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stand haben die Arbeiten an der neuen Sorben/Wenden-Schulverordnung?

1007. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand Ambrosiabekämpfung 2017

Jedes Jahr im Frühjahr stellen sich viele Menschen in der Lausitz die Frage: Was unternimmt die Landesregierung eigentlich, um die Ausbreitung der allergieauslösenden Ambrosia zu stoppen? Der letzte Stand war, dass es seit März 2016 keine/n Ambrosiabeauftragte/n in Brandenburg mehr gibt.¹ Kritik gibt es inzwischen auch vom Helmholtz-Zentrum und der Stiftung Deutscher Polleninformationsdienst. Diese haben die Ambrosia bundesweit untersucht und kommen zu dem Schluss, dass die Bekämpfung zwar günstiger ist als abzuwarten, dennoch aber politisch zu wenig zur Bekämpfung unternommen wird.² Zuletzt hatte die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Maßnahmenprogramm entwickeln und bis Mitte 2017 vorlegen sollte³.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen und finanziellen Unterstützungsangebote enthält das Maßnahmenprogramm zur Ambrosiabekämpfung?

1008. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)
Solaranlagen auf Ackerflächen

Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017, § 37c) können ab diesem Jahr Solaranlagen auf bisherigen Acker- und Grünlandflächen nur noch gefördert werden, wenn das jeweilige Bundesland dies zuvor durch eine Rechtsverordnung ermöglicht hat.

Ich frage die Landesregierung: Hat sie eine derartige Verordnung erlassen oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

¹ Frage 539, Plenum Juni 2016

² <http://www.lr-online.de/nachrichten/wissenschaft/WO-die-Ambrosia-so-richtig-agressiv-wird;art735,6024170>

³ Drucksache 6/5567

1009. Abgeordneter Andreas Galau (AfD-Fraktion)Schulzuweisungsproblematik im Landkreis Oberhavel - speziell in Oranienburg

Die Märkische Allgemeine Zeitung berichtete am 8. Juni 2017, dass mindestens 28 Sechstklässler aus Oranienburg der Erst- bzw. Zweitwunsch für eine weiterführende Schule nicht bewilligt werden konnte. Grund sei unter anderem die Sanierung der Torhorst-Gesamtschule. Diese Schüler wurden im gesamten Landkreis verteilt und haben somit teilweise Schulwege von 90 Minuten hinzunehmen. Bisherige Bemühungen des Landrats haben keine zufriedenstellende Lösung für die betroffenen Schüler gebracht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Notwendigkeit sieht sie, den Landrat bei seinen Bemühungen zu unterstützen und an das Schulamt Neuruppin heranzutreten, um eine befriedigende Lösung für alle betroffenen Kinder und Eltern zu erreichen?

1010. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)Entschädigung für Ernteverluste bei Obstbauern durch Frostschäden

In Brandenburg traten in Folge mehrerer Fröste und Kaltwetterphasen im April dieses Jahres bei obstbaulichen Kulturen starke Schäden auf. Die Bundesregierung teilte mit, dass mögliche Bundeshilfen erst nach Eingang und Wertung der Schadensmeldungen der Länder - die voraussichtlich erst im Spätsommer nach Abschätzung der Ernteverluste vorliegen - entschieden werden kann (vgl. „Obstbauforschung in Deutschland“ Bundestagsdrucksache 18/12667). Für Schäden in der Landwirtschaft gilt in Deutschland eine nationale Rahmenrichtlinie (RRL) zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, verursacht durch Naturkatastrophen oder diesen gleichzustellende widrige Witterungsverhältnisse. Frostschäden gelten nach der RRL und dem ihr zugrunde liegenden EU-Beihilferecht als widrige Witterungsverhältnisse und können zu maximal 80 Prozent von den Ländern entschädigt werden, falls mehr als 30 Prozent der durchschnittlichen Jahreserzeugung eines betreffenden landwirtschaftlichen Unternehmens zerstört wurden, erklärte das Bundeslandwirtschaftsministerium. Der Brandenburger Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger kündigte im Mai 2017 an, sich mit anderen Bundesländern abzusprechen und zu prüfen, ob ein Hilfsprogramm mit Landes- und Bundesmitteln möglich ist. (vgl. 46. Sitzung des Landtags am 18. Mai 2017; Mündliche Anfrage Nr. 926: „Obstbauern beklagen Millionenschaden durch Frost“)

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Abgabe der Schadensmeldung durch das Land Brandenburg an den Bund?

1011. Abgeordneter Thomas Jung (AfD-Fraktion)Grenzkontrollen auch für Brandenburg

Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der MAZ hat gezeigt, dass sich 61 Prozent der Brandenburger angesichts der unüberschaubaren Einwanderung nach Deutschland aus Angst vor Terror für regelmäßige Grenzkontrollen aussprechen. Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU) hat jüngst einen Vorschlag an die Bundesregierung gemacht, die Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze durch die bayerische Landespolizei zu verstärken, sogar ganz zu übernehmen.

Ich frage die Landesregierung: Warum trägt sie nicht der weit verbreiteten Überzeugung vieler Brandenburger Rechnung und macht ebenfalls wie Bayern der Bundesregierung den Vorschlag, die Grenzen von der Landespolizei kontrollieren zu lassen?

1012. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nitratbelastung des Brandenburger Grundwassers

Der aktuelle Nitratbericht der Bundesregierung hat ergeben, dass bei 26 Prozent der Grundwassermessstellen in Brandenburg der Grenzwert der Trinkwasserverordnung in Höhe von 50 Milligramm Nitrat pro Liter überschritten wird. Erhöhte Nitratbelastungen sind vorrangig auf die intensive landwirtschaftliche Düngung zurückzuführen. Die EU-Kommission hat Deutschland bereits wegen unzureichender Umsetzung der Nitratrichtlinie verklagt. Die in Brandenburg betroffenen Grundwasserleiter können ohne Aufbereitung nicht mehr zur Trinkwassergewinnung herangezogen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wo befinden sich genau die 15 Messstellen, bei denen der Trinkwassergrenzwert für Nitrat überschritten wurde?

1013. Abgeordneter Franz Josef Wiese (AfD-Fraktion)
Finanzielle Unterstützung für Sea-Watch e. V. durch die Landesregierung

Die Europäische Union setzt sich für Demokratie und Menschenrechte ein, schottet sich jedoch gleichzeitig immer weiter gegen Menschen auf der Flucht ab, sei es durch milliardenschwere Grenzsicherungsanlagen oder völkerrechtlich bedenkliche und umstrittene Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten wie der Türkei.

Aufgrund dieser Abschottung ertrinken jährlich Tausende Menschen bei dem Versuch, einen sicheren Hafen der EU zu erreichen, viele von ihnen in Sichtweite der Ufer und Strände von EU-Ländern.

Kein Mensch sollte auf der Flucht und in der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben an den Außengrenzen der Europäischen Union sterben.

Sea-Watch ist Ende 2014 aus einer Initiative von Freiwilligen entstanden, die dem Sterben im Mittelmeer nicht mehr länger tatenlos zusehen konnten.

Seit Anfang 2015 arbeitet die - laut Selbstauskunft - ständig wachsende Organisation an der Projekt-Organisation und Umsetzung von Sea-Watch. Dabei sei der vor allem aus engagierten Freiwilligen aus ganz Europa bestehende Verein ausschließlich aus Spenden finanziert.

Ich frage die Landesregierung: Gab es direkte oder indirekte Unterstützung an den Verein Sea-Watch e. V. ihrerseits bzw. aus deren unterstellten Bereichen heraus?

1014. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zusammensetzung der Arbeitsgruppen des Tierschutzplans

Als eines der Ergebnisse des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung“ beauftragte der Landtag die Landesregierung, bis Ende 2017 unter Beteiligung von Berufsstand, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einen Tierschutzplan zu erstellen. Hierzu sollten verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden. Bis heute ist unklar, welche Arbeitsgruppen es gibt und wie diese zusammengesetzt sind. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf Transparenz, datenschutzrechtliche Hürden sollten nicht bestehen.

Die Internetseite des beauftragten Konsortiums gibt hierzu jedoch keine Auskunft.¹

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Mitglieder wurden für die einzelnen Arbeitsgruppen benannt?

¹ <https://tierschutzplan-brandenburg-atb-potsdam.de/arbeitsgruppen/html>